

N i e d e r s c h r i f t

der 9. Sitzung des Hauptausschusses am 20.04.2005

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	OB
Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Hendrik Lange	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Heidrun Tannenberg	PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Mathias Weiland	Grüne
Herr Friedemann Scholze	FDP
Frau Sabine Wolff	Neues Forum
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Dieter Funke	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Annemarie Kraft	Verw
Frau Jane Unger	Verw
Herr Thomas Willecke	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	vertreten durch Herrn Thomas Godenrath
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Dagmar Szabados	BG	
Herr Franz Stänner	Verw	vertreten durch Frau Ria Steppan

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 9. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass die Vorlagen unter Punkt 5 zurückgezogen werden. Eine Behandlung im Hauptausschuss erübrige sich, da die Fachausschüsse keine unterschiedlichen Voten abgegeben haben.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass über die Vorlage unter TOP 5.2 im Jugendhilfeausschuss in der Ursprungsfassung abgestimmt worden sei. Im Betriebsausschuss ZGM sei einer Vorlage mit einer Ergänzung zugestimmt worden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die empfohlene Änderung sei durch die Verwaltung übernommen worden; die überarbeitete Fassung der Vorlage liege den Stadträten für die Stadtratstagung vor.

Nach kurzer Diskussion wurde festgelegt, dass der Jugendhilfeausschuss über diese Änderung informiert wird.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Tagesordnung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2005**
4. entfällt
5. **Vorlagen (*alle Vorlagen wurden zurückgezogen, da gleichlautende Voten in den Fachausschüssen*)**
 - 5.1. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: IV/2005/04805
 - 5.2. Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04597
 - 5.3. Umgestaltung Marktplatz - Darstellung der Marktplatzverwerfung - Vorlage wird nachgereicht
Vorlage: IV/2005/04843
 - 5.4. Erhalt eines hochrangigen Denkmals der halleschen Salzgewinnung für die Ausstellung "Wandel.Halle"
Vorlage: IV/2005/04812
6. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
 - 6.1. **Antrag der PDS-Fraktion zur Änderung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Entwurf des Gesetzes über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise in der Fassung vom 20.01.2005**
(Vorlage: IV/2005/04756)
Vorlage: IV/2005/04800
7. **Anfragen von Stadträten**
8. **Beantwortung von Anfragen**
9. **Mitteilungen**

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.03.2005**

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 09.03.2005.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung am 09.03.2005 in der vorliegenden Fassung.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 Antrag der PDS-Fraktion zur Änderung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Entwurf des Gesetzes über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise in der Fassung vom 20.01.2005 (Vorlage: IV/2005/04756)
Vorlage: IV/2005/04800

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Entwurf des Gesetzes über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise in der Fassung vom 20.01.2005 wie folgt beschließen:

Änderung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Entwurf eines Gesetzes über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise (Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz – KomNeuglGrG)

*Sehr geehrter Herr Minister,
die Stadt Halle (Saale) hatte in ihrer Stellungnahme vom 13.01.2005 der Fassung des o. g. Gesetzentwurfes vom Dezember 2004 zugestimmt. Diese Stellungnahme spiegelte das Votum aller Fraktionen des Stadtrates wider. Sie drückte den Willen der Stadt aus, die Landesregierung in ihrer Absicht, das Stadt-Umland-Problem nun endlich einer schnellen Lösung zuzuführen, zu unterstützen.*

Wesentliche Grundlage für die erhoffte schnelle Lösung war das in diesem Entwurf verankerte gleichberechtigte Nebeneinanderstehen der dafür vorgesehenen Instrumente Zweckverbandsbildung, Teileingemeindung und Eingemeindung.

Der nunmehr vorliegende überarbeitete Gesetzentwurf vom Januar 2005 geht von diesem Prinzip ab und lässt Eingemeindungen erst zu, wenn sich in der Praxis herausgestellt hat, dass Zweckverbände nachweislich die Probleme des Stadt-Umlandes nicht zu lösen vermögen.

Dies ist eine Abkehr von dem Willen zu einer schnellen Lösung, auf die wir bereits seit 1993 warten, als eine solche gesetzliche Regelung wiederum per Gesetz eingefordert wurde. Möglicherweise wäre damals noch Zeit gewesen, einen solchen gestuften Weg zu gehen. Jetzt haben wir diese Zeit nicht mehr.

Die Landesregierung entzieht sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ihrer Verantwortung für die Oberzentren des Landes.

„Die Landesregierung will offensichtlich auch kein Mehrzweckverbandsmodell mit frei gewählter Gebietsvertretungskörperschaft oder einen regionalen Großkreis zulassen, da die vorgegebenen Eckwerte dieses nicht zulassen.

So hätte eine mögliche Kompromisslinie darin bestehen können, den Vorschlag der Verflechtungsanalyse von TUROWSKI einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Ein struktureller Ansatz für einen Vorteils-Lasten-Ausgleich zwischen der Kernstadt und dem Umland ist somit nicht mehr zu erkennen.

Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf wird die Lösung der dringendsten Stadt-Umland-Probleme im Großraum Halle/Leipzig um Jahre zurückgeworfen.“

Die Entwicklung der europäischen Metropolregion im Raum Halle/Leipzig wird dadurch behindert. Darüber hinaus wird sich das Ungleichgewicht zwischen den Kernstädten Halle (Saale) und Leipzig verstärken und der positive Ansatz, die Oberzentren als Wachstumspole der Regionen zu entwickeln, zunichte gemacht. Die gesamte südliche Region Sachsen-Anhalts wird von den wirtschaftlichen Entwicklungen für die Zukunft abgeschnitten sein. Sie ist es nach aktuellen Städtevergleichen jetzt schon. Auch die halleschen Unternehmer haben dies in ihrem Schreiben vom 31.01.2005 an den Ministerpräsidenten erneut zum Ausdruck gebracht.

Die Stadt Halle (Saale) ändert hiermit ihre Stellungnahme vom 13.01.2005. Den Gesetzentwurf vom Januar 2005 lehnt die Stadt Halle (Saale) aus den genannten Gründen ab.

„Unbeschadet davon bleibt unsere Einschätzung über einen regionalen Flächennutzungsplan.“

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass es einen weiteren Gesetzentwurf zu dieser Thematik gebe. Eine Stellungnahme der Stadt dazu solle bis zum 22.04.2005 erfolgen.

Sie ging auf einzelne Passagen des Schreibens (u.a. Sparkasse) an den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt ein.

(Der Inhalt des Schreibens lag den Fraktionen vor.)

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, bat um Abstimmung des Antrages seiner Fraktion.

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, stellte den **Geschäftsordnungsantrag**, den Antrag als erledigt zu erklären.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der Geschäftsordnungsantrag wie folgt formuliert werden müsste: *Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit:*

Herr **Weiland** erneuerte seinen Antrag in diesem Sinne.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag

Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

zu 7/8 **Anfragen von Stadträten/Beantwortung von Anfragen**

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach der Meinung der Oberbürgermeisterin zu den Vorgängen um Personalkündigungen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Antwort in nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Frau **Wolff** ging auf die im Jugendhilfeausschuss behandelte Vorlage Bedarfsplanung ein. Sie wolle wissen, warum die Informationspolitik nicht über die Eltern und den Elternrat gegangen sei. Über eine vorgesehene Schließung einer Kindertageseinrichtung hätten Eltern aus der Zeitung erfahren.

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, bestätigte, dass auch an ihre Fraktion derartige Fragen herangetragen worden seien. Sie habe darauf hin Recherchen angestellt und könne informieren, dass Frau Lademann, Ressortleiterin Pädagogischer Bereich, eine schriftliche Stellungnahme zugesandt habe, in der zum Ausdruck gebracht werde, dass es durchaus Gespräche mit den Eltern gegeben habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** legte fest, dass diese Information allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden soll.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, bestätigte, dass ihr von der Verwaltung erklärt worden sei, dass eine Elternvertreter im Jugendhilfeausschuss anwesend gewesen sei und auch Rederecht gehabt hätte.

Frau **Tannenberg**, PDS-Fraktion, bezog sich auf den geplanten Abriss der Fröbelschule. Sie möchte wissen, wie mit dem dort vorhandenen Wandbild verfahren werde.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, das Wandbild, das nicht unter Denkmalschutz stehe, werde geborgen und eingelagert, da es aufgrund seiner Größe nicht in den Cliquentrakt eingebaut werden könne. Es sei für den Wiedereinbau an einer zu sanierenden Schule vorgesehen.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, ging auf Zeitungsberichte zur Thematik Eingänge im ehemaligen Block 10 in Halle-Neustadt ein. Er fragte nach dem derzeitigen Stand.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass der Eigentümer einen Kompromiss anbiete; er wolle zwei Eingänge sanieren, ein dritter solle von der Stadt saniert werden.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, fragte, ob die Stadt sich bei der Privatisierung dieses Komplexes ein Wegerecht habe einräumen lassen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, die bisherige Aussage der Stadt sei gewesen, dies nicht sanieren zu können, weil es kein Eigentum der Stadt sei.

Frau **Tannenberg** meinte, in den Jahrzehnten seit Bestand dieses Gebäudekomplexes habe sich ein Gewohnheitsrecht der Anwohner für diesen Durchgang gebildet.

Sie wies darauf hin, dass in der vergangenen Woche eine Vor-Ort-Versammlung mit Anwohnern stattgefunden habe, bei der Vertreter des Eigentümers anwesend gewesen seien, die Stadt jedoch nicht vertreten gewesen sei.

Herr **Dr. Pohlack** betonte, Wegerecht auf der Basis eines Wohnheitsrechts einzufordern, funktioniere rechtlich nicht. Am kommenden Freitag sei jedoch ein Gespräch vor Ort mit dem Eigentümer vorgesehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, das Ziel, in dieser Problematik eine Einigung zu erreichen, müsse unbedingt im Auge behalten werden.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, nahm Bezug auf eine Nachfrage im Bildungsausschuss bezüglich der Bildung einer privaten Gesamtschule im Stadtteil Frohe Zukunft. Seitens der Verwaltung sei geantwortet worden, dass man dies ablehne und auch entsprechend im zuständigen Ministerium vorstellig geworden wäre. Im Amtsblatt (Ausgabe 06.04.2005, Seite 4) sei jedoch kurze Zeit danach ein werbender Artikel für eine solche Schule zu lesen gewesen. Sie frage, wie die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt funktioniere.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Antwort zu.

Frau **Dr. Bergner** äußerte weiter, in letzter Zeit seien in der „MZ“ Aussagen von Vertretern der Stadt (Herr Dr. Marquardt, Herr Hildebrandt) gemacht worden, die nach ihrer Rücksprache mit den Zitierten in der Form nicht gemacht worden seien. An eine Richtigstellung werde jedoch nicht gedacht.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, prinzipiell bestehe die Möglichkeit, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen. Man müsse jedoch abwägen, ob es sich um gravierende Fehler in der Darstellung handle oder ob es besser sei, nicht zu reagieren.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, ergänzte, im Wesentlichen sei in dem Artikel nichts Falsches berichtet worden. Er bestätigte, dass der Satz ‚dass ein Antrag zur Schulentwicklungsplanung, der auch die Entwicklung im Osten Halles beinhaltet, in der nächsten Stadtratssitzung eingebracht werde, falsch sei.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 9 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, informierte zur Problematik Garagen. Die Situation bestehe darin, dass die Stadt Grundstückseigentümer sei und Gemeinschaften oder Bürgerinnen und Bürger Eigentümer von Garagen seien. Nach gesetzlicher Regelung können diese Miet- bzw. Pachtverhältnisse gekündigt werden. In der Bevölkerung sei nun Angst da, dass die Stadt von dieser Möglichkeit Gebrauch mache. Das sei jedoch mitnichten der Fall. Die Stadt prüfe derzeit, um welche Grundstücke es sich handelt und inwieweit diese für die Stadt im Rahmen der Stadtplanung brauchbar wären. Ansonsten habe man die Zielstellung, keine Kündigungen vornehmen zu wollen.

In diesem Zusammenhang sei das Vorhandensein von unterschiedlichen Mietverträgen festgestellt worden. Diese gelte es anzupassen; das werde in diesem Zuge auch getan.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, verwies auf einen Antrag ihrer Fraktion zu dieser Thematik, der auf der Tagesordnung im nächsten Stadtrat stehe.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, fragte, ob für die Garageneigentümer die Möglichkeit bestehe, das Grundstück zu kaufen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte zu, diese Frage in die Prüfung mit aufzunehmen

Sie informierte über die Teilnahme der Stadt an einer Veranstaltung 10 Jahre Agenda 21 in Karlsruhe, bei der es im Wesentlichen um das Thema Gesundes Städteprojekt gehe. Die Stadt werde vertreten durch den Amtsarzt Herrn Dr. Wilhelms und Frau Ute Haupt, in ihrer Eigenschaft als Sprecherin des genannten Projekts.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, sprach einen TOP auf der nächsten Sitzung des Stadtrates an: Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen den Beschluss des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung.
Er äußerte, es wäre sinnvoll, mindestens dem Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion zu folgen. Er werbe dafür, diesen Standpunkt zu überdenken.

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, dankte der Stadtverwaltung namens vieler Bürgerinnen und Bürger für die schnelle Fertigstellung des Weges zur Beratungsstelle „Schöpfkelle“ auf der Silberhöhe.

Herr **Funke** gab in einer persönlichen Erklärung bekannt, dass er auf eine Position im Regionalverband Ruhr wechseln wolle. Eine Wahl für eine Funktion als Bereichsleiter finde am 25.04.2005 statt.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte nach der Möglichkeit, die Wahlfunktion in der Stadt Halle verlassen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die Stadt habe Interesse daran, zumindest den Haushalt 2005 mit Herrn Funke zu verabschieden. Auch ein Wahlbeamter falle unter das Beamtengesetz. Sie zitierte aus § 30.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 9. öffentliche Sitzung.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

